



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT EUROPA-PARLAMENTET
EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPEËN PARLAIMINT NA HEORPA PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS
EUROPOS PARLAMENTAS EUROPAI PARLAMENT IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT
PARLAMENT EUROPEJSKI PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN
EVROPSKY PARLAMENT EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET



Strahlenschutz verbessern und vereinheitlichen

Wie die Strahlung von Handys, drahtlosen Hausteletonen oder Wifi-Anlagen auf den menschlichen Organismus wirkt, ist noch nicht restlos geklärt. Das Europäische Parlament fordert, den Strahlenschutz der europäischen Bürger zu verbessern und zu vereinheitlichen sowie die Forschung zu fördern.

"Immer mehr Bürger sind über die gesundheitlichen Auswirkungen der ständigen Exposition gegenüber Mikrowellen besorgt", konstatiert die Berichterstatlerin Frédérique RIES (AL-DE-ADLE, Belgien) in ihrem Bericht über elektromagnetische Felder.

Grenzwerte aktualisieren

Der Bericht des EP fordert, die potentiellen Gesundheitsprobleme endlich aktiv zu erforschen und die Veröffentlichung entsprechender Studien nicht zu verzögern. Da die Wissenschaft immer noch darüber, streite, welchen Einfluss elektromagnetische Strahlen auf den menschlichen Organismus haben, sei es notwendig, die 1999 vom Rat beschlossenen wissenschaftlichen Grenzwerte zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren. Zudem müsse die Kommission einen jährlichen Bericht über "das Ausmaß der elektromagnetischen Strahlung in der EU" sowie ihre Quellen und die getroffenen Maßnahmen vorlegen.

Präventiv-Schutz und Harmonisierung

Doch schon heute könnten Unternehmen und Behörden dazu beitragen, den Einfluss der Strahlen zu vermindern, etwa durch entsprechenden Abstand und Höhe von in der Nähe von Wohngebieten stehenden Sendemasten. Abgesehen von den gemeinsamen Grenzwerten ist es derzeit jedoch den Mitgliedsstaaten überlassen, wie viel sie für den Schutz ihrer Bürger tun. Berichterstatlerin Ries stellt fest, dass etwa in Luxemburg besonders hohe Standards gelten, in vielen anderen Ländern hingegen weniger auf die Sicherheit geachtet werde. EU-Kommission und Mitgliedsstaaten müssten deshalb entsprechende Leitlinien für die gesamte EU erarbeiten oder zumindest einheitliche Mindeststandards festlegen, wie z. B. ein Verbot, Sender in unmittelbarer Nähe von "Schulen, Kindertagesstätten, Seniorenheimen und Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge" aufzustellen.

Mehr Information und Transparenz

Zudem hält es das Parlament für sinnvoll, öffentlich zugängliche Karten mit der Lage von Hochspannungsleitungen und Sendemasten zur Verfügung zu stellen. Gefordert wird auch eine bessere Verbraucherinformation: So soll nach dem Willen der Abgeordneten auf Pro-

Pressemitteilung

dukten, wie beispielsweise drahtlosen Geräten, zukünftig auch die Emissionsstärke angegeben werden. Auch müsse dafür Sorge getragen werden, dass die Bürger besser über "Drahtlostechnologie und Schutzvorschriften" informiert sind.

559 Abgeordnete stimmten für den Bericht, 22 dagegen, 8 enthielten sich der Stimme.

Berichterstatterin: Frédérique RIES (ALDE-ADLE, Belgien)

Bericht: (A6-0089/2009) - Die Gesundheitsproblematik in Zusammenhang mit elektromagnetischen Feldern

Verfahren: INI (Initiativbericht)

Aussprache: Montag, 01.04.2009

Abstimmung: Dienstag, 02.04.2009

Kontakt :

Constanze BECKERHOFF

Pressedienst

E-Mail: envi-press@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 44302

STR: (33-3) 881 73780

PORT: (32) 0498.983.550

Andreas KLEINER

Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 32266

STR: (33-3) 881 72336

PORT: (+32) 498 98 33 22

Susanne GÖTZE

Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (32-2) 28 41329